



2. April
2020
Bericht aus der Praxis

Gastautor

Corona - In der Krise ist jeder systemrelevant

Die Marktwirtschaft ist der Zentralverwaltungswirtschaft bei der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen überlegen. Auch in der aktuellen Krise zeigt sich, dass freie Unternehmer im komplexen System einer arbeitsteiligen Wirtschaft den Mangel schneller beheben und die Produktion auf die derzeit wichtigsten Güter

umstellen können als Behörden und eine schwerfällige Bürokratie. - Ein Plädoyer für die Entfesselung des Unternehmertums in Krisen und in normalen Zeiten von Rainer Fassnacht, Mitglied im Freundeskreis der Ludwig-Erhard-Stiftung.

Die Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus bleiben nicht ohne Auswirkungen für die Wirtschaft. Einige Auswirkungen sind offensichtlich, andere wirken schleichend und im Verborgenen. Sie werden aber früher oder später unerwartete Folgen haben.

Welche Chancen und Risiken in der aktuellen Entwicklung stecken, wird am Beispiel eines kleinen Unternehmens deutlich, das im deutschsprachigen Raum Produkte von Firmen, die ihren Sitz außerhalb des Drei-Länder-Ecks Deutschland, Österreich, Schweiz haben, vertreibt. Diese besondere Konstellation führt dazu, dass die jeweils nationalen Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus in Deutschland, Österreich, Schweiz, Frankreich und Italien länderübergreifende Auswirkungen haben.

Jedes Produkt ist mehr oder weniger systemrelevant

Keines der Produkte, um die es geht, gehört unmittelbar zu jenen Bereichen, die derzeit als „unverzichtbar“ eingestuft werden. Die Trennung in „verzichtbare“ und „unverzichtbare“ Produkte und Aktivitäten ist jedoch höchst problematisch. Denn:

Zu den Produkten gehören unter anderem von französischen Firmen hergestellte Walzen aus Elastomer sowie Prozesswärmeerzeuger. Erstere werden unter anderem bei der Produktion von Toilettenpapier und Mundschutz benötigt, letztere unter anderem in der Pharma- und Lebensmittelindustrie.

Bestimmte politische Entscheidungen in Frankreich - insbesondere „chômage technique“ sowie Probleme in der Rohstoffversorgung und der Lieferkette - haben zur Konsequenz, dass die beiden Firmen bis auf Weiteres ihre Tore schließen mussten.

Deren Produkte stehen nun im Heimatmarkt und auch im deutschsprachigen Raum nicht mehr zur Verfügung. Dies hat Auswirkungen in den sogenannten unverzichtbaren Bereichen, wenn beispielsweise Walzen in der Toilettenpapierproduktion ersetzt oder zusätzliche Kapazitäten in der Pharmaindustrie aufgebaut werden müssen. Aber auch Auswirkungen in anderen Branchen wie der Verpackungsindustrie sind absehbar - das sind jetzt noch unerwartete Nebenwirkungen, die ebenfalls kritisch werden können.

Für eine zentrale Planung ist die arbeitsteilige Wirtschaft zu komplex

Diese Beispiele machen die Komplexität und die inneren Verknüpfungen unserer hoch arbeitsteiligen Wirtschaft deutlich. In der Marktwirtschaft hängt jede Produktions- und jede Dienstleistungsstufe mit vor- und nachgelagerten Stufen zusammen. Deswegen sind auch die Tätigkeit von Baumwollpflückerinnen in Amerika, die Matrosen auf Containerschiffen oder die Arbeiter in der Verpackungsindustrie unverzichtbar. Die Ketten lassen sich lang fortführen: Der Speditionsunternehmer und seine Fahrer, der Eigentümer einer Verpackungsfabrik und die Arbeiter am Band oder der Chef einer Reinigungsfirma und die Putzkräfte können mit Fug und Recht sagen: Auch wir sind systemrelevant!

Alle Teile des Raum und Zeit übergreifenden Netzes der Marktwirtschaft sind notwendig, um die Versorgung zu sichern. Das zeigt sich in der Krise noch deutlicher als in Normal-Situationen, weil die Auswirkungen des Mangels empfindlich spürbar werden. Ärzte in Kliniken oder Verkäuferinnen an der Supermarktkasse wären nicht in der Lage, die Gesundheits- oder Lebensmittelversorgung aufrechtzuerhalten, wenn dahinterliegende Prozesse nicht funktionieren würden.

Die Corona-Krise zeigt, was sich in sozialistischen Staaten über Jahrzehnte beobachten ließ und teilweise noch beobachten lässt: Eine Behörde ist wegen der Komplexität der Prozesse mit der Produktionsplanung überfordert und generiert ungeplante Nebenwirkungen. Dieser Effekt wird in einem dezentralen, marktwirtschaftlichen System minimiert. Marktpreise zeigen die wahren Knappheiten und damit den Bedarf an den entsprechenden Gütern an, und eigenverantwortliche Unternehmer auf jeder Produktionsstufe treffen die Entscheidungen, wo die knappen Ressourcen am nötigsten gebraucht werden.

Was ist zu tun?

Daher stellt sich die Frage, wie die Auswirkungen der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Krise minimiert werden können. Zwei Ansatzpunkte sind wichtig:

Erstens sollten die Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus möglichst zielgerichtet sein. Entsprechend dem Vorgehen in Südkorea wäre es sinnvoll, möglichst schnell alle Menschen zu testen. Die Erkrankten müssten dann in häusliche Quarantäne, alle anderen wären nicht mehr von Einschränkungen betroffen. Mit dieser Lösung könnte die Verbreitung eingedämmt werden ohne wirtschaftliche Auswirkungen über das Unvermeidbare hinaus auszulösen.

Zweitens sollte die aktuelle Situation zum Anlass genommen werden, alle Abgaben und Regelungen abzuschaffen, welche der Kreativität unternehmerischer Lösungsfindung im Wege stehen. Die Krise sollte genutzt werden, die ausgeuferte Bürokratie abzubauen.

Dass ein solcher Schritt positiv wirken würde, erkennt man schon daran, dass selbst in der aktuell stark beschränkten Marktwirtschaft, zahlreiche Lösungen aus der Unternehmerschaft kommen: Kosmetik- und Spirituosenhersteller stellen auf die Produktion von Desinfektionsmitteln um, Kleidungsunternehmen produzieren Atemschutzmasken und Maschinenbauer stellen Beatmungsgeräte her.

Die Krise zeigt nun deutlich, was in normalen Situationen oft verdeckt ist: Marktwirtschaft und Unternehmertum sind der zentralen Planung durch politische Akteure überlegen. Zudem sind Unternehmer wendiger als die Bürokratie, denn sie kennen die Produktionsabläufe und wissen, was ihr Betrieb zu leisten imstande ist. Und sie sind bereit und in der Lage, Verantwortung zu übernehmen. Die Gesellschaft sollte die Leistung privater Unternehmer endlich anerkennen – schon allein aus der Erfahrung heraus, dass es auch in krisenfreien Zeiten private Unternehmen sind, die die Konsumenten mit den Gütern und Diensten versorgen, die sie am meisten wünschen.

Wenn die aktuelle Krise dazu beiträgt, dass möglichst viele Bürgerinnen und Bürger die Bedeutung der Marktwirtschaft für das Wohlergehen im Normal- und Krisenfall erkennen, wäre für die Zukunft viel gewonnen. Und in der aktuellen Krise würden staatliche Eingriffe in das Wirtschaftsgeschehen auf ein Minimum beschränkt.

Der Autor Rainer Fassnacht ist Unternehmer und Mitglied im Ausschuss Wirtschaftspolitik der IHK Berlin sowie Mitglied im Freundeskreis der Ludwig-Erhard-Stiftung.